

## Antrag 2026/1//2

### SPD Landesvorstand

**Leitantrag: Heute investieren und konsolidieren, damit Hamburg auch morgen stark und solidarisch bleibt!**

#### 1 I. So angespannt ist die Lage

2 Die SPD Hamburg hat am 2. März 2025 von den Hamburgerinnen und Hamburgern den Auf-  
3 trag erhalten, als stärkste politische Kraft erneut die Regierung unserer Stadt anzuführen. Un-  
4 ser Versprechen und unser Anspruch lauten auch ein Jahr nach der Wahl: „Hamburg vereint“.  
5 Wir werden deshalb auch in finanzpolitisch herausfordernden Zeiten Hamburg so gestalten,  
6 dass es für alle bezahlbar bleibt, sicher ist, einfacher wird und wir durch kluge Investitionen  
7 und Veränderungsprozesse die Stadt in eine gute Zukunft führen für Arbeit und Wirtschaft, für  
8 Gesellschaft und Kultur.

9 Die finanzielle Lage ist in vielen deutschen Städten und Gemeinden dramatisch. Die 13 Lan-  
10 deshauptstädte warnen vor einem drohenden Finanznotstand. Der Deutsche Städtetag for-  
11 dert insbesondere vom Bund eine finanzielle Soforthilfe für die Kommunen. Die Städte könn-  
12 ten sonst die vielen Aufgaben, die Bund und Länder den Kommunen übertragen haben, sowie  
13 die steigenden Sozialkosten nicht weiter stemmen. **Die Schere zwischen kommunalen Einnah-**  
14 **men und Ausgaben geht immer weiter auseinander** und erreichte im Jahr 2024 mit knapp 25  
15 Milliarden Euro das höchste Defizit seit der Wiedervereinigung.

16 Hamburg kann sich – trotz großer eigener finanzieller und wirtschaftlicher Stärke – dieser Ent-  
17 wicklung nicht vollständig entziehen. Ein Grund: Die steuerlichen Maßnahmen auf Bundes-  
18 ebene führen zu erheblichen Mindereinnahmen für Länder und Kommunen, die nur teilweise  
19 kompensiert wurden. Das am 19. Dezember 2025 vom Bundesrat bei Enthaltung Hamburgs be-  
20 schlossene Steueränderungsgesetz enthält (neben begrüßenswerten Maßnahmen zur Förde-  
21 rung des Ehrenamts) leider keinerlei Kompensationen für Einnahmeausfälle und keine Maß-  
22 nahmen zur Bekämpfung des Steuerbetrugs. Die Einnahmeausfälle allein dieses Gesetzes für  
23 Hamburg dürften sich im Zeitraum 2026-2030 auf über 360 Mio. Euro belaufen. Die Hochrech-  
24 nungen der Finanzbehörde für **nicht kompensierte Steuermindereinnahmen für aktuell und in**  
25 **den letzten Jahren beschlossene Steuergesetze in den 2020er Jahren belaufen sich auf bis zu rd.**  
26 **1,5 Mrd. Euro pro Jahr bzw. kumuliert bis 2030 auf über 10 Mrd. Euro.** Das sind gewaltige Sum-  
27 men - ohne, dass diese steuerlichen Maßnahmen bislang einen signifikanten konjunkturellen  
28 Effekt gehabt haben. Hinzu kommt, dass der Bund sich aus der Finanzierungsverantwortung  
29 für Aufgaben wie z.B. der Unterbringung und Integration für Geflüchtete immer mehr zurück-  
30 zieht.

#### 31 **Mit Verlässlichkeit und klugen Prioritäten gestalten wir unsere Stadt weiterhin aktiv**

32 Als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist es uns wichtig, das Gemeinwesen in unserer  
33 Stadt aktiv zu gestalten. **Wir wollen in Hamburg für eine zukunftsfähige Stadt investieren. Da-**  
34 **zu gehören für uns gute Bildungsangebote, exzellente Wissenschaftseinrichtungen, eine mo-**

35 **derne Infrastruktur, ein leistungsfähiger ÖPNV und eine vielfältige soziale Infrastruktur eben-**  
36 **so wie eine engagierte Wohnungsbaupolitik, wirksame Sicherheits- und Strafverfolgungsbe-**  
37 **hörden und eine bürgernahe Verwaltung.** Um unserem Anspruch und den Anforderungen ei-  
38 ner modernen Großstadt gerecht zu werden, kommt es auf Verlässlichkeit und eine kluge Prio-  
39 ritätensetzung an.

40 Aus der oben genannten Steuersenkungspolitik des Bundes und den vielfältigen Herausforde-  
41 rungen unserer Zeit ergeben sich auch für Hamburg gewaltige Aufgaben: So haben wir es ins-  
42 gesamt mit nachlassenden **Steuereinnahmen zu tun, mit steigenden Kosten bei den gesetzli-**  
43 **chen Leistungen und staatlichen Aufgaben, mit anhaltenden großen weltwirtschaftlichen Un-**  
44 **sicherheiten und einer deutschlandweit schwachen Konjunkturentwicklung.** Es darf daher kei-  
45 ne Steuerentlastungen im Bund geben, die ohne Kompensation zu Lasten der Länder gehen.

46 Gleichzeitig sind insbesondere für Investitionen zusätzliche Möglichkeiten geschaffen worden:  
47 Im März 2025 wurden die grundgesetzlichen Regelungen zur Schuldenbremse im Bundestag  
48 und Bundesrat geändert. Dies ermöglicht insbesondere die Finanzierung notwendiger Vertei-  
49 digungsausgaben und ein Sondervermögen für Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz.  
50 Darüber hinaus wurde den Ländern – neben der schon bestehenden Möglichkeit der Kredit-  
51 aufnahme zum Ausgleich konjunktureller Schwankungen und der Verschuldungsmöglichkeit  
52 in außergewöhnlichen Notsituationen – eine zulässige strukturelle Möglichkeit der Kreditauf-  
53 nahme von bis zu 0,35 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts eingeräumt. Die Bürger-  
54 schaft hat die notwendigen Umsetzungen in Hamburg auf den Weg gebracht; Bundestag und  
55 Bundesrat haben zudem die Umsetzungsgesetze beschlossen, so dass die neuen Möglichkei-  
56 ten jetzt genutzt werden können. Die Mittel aus dem Sondervermögen des Bundes werden  
57 unsere eigenen Hamburger Investitionen wirksam unterstützen. **Je schneller wir diese Inves-**  
58 **titionen auf den Weg bringen können, umso stärker wird der Konjunkturimpuls auch bei uns**  
59 **in Hamburg sein**– inklusive dann auch wieder steigender Steuereinnahmen. Hamburg hat sich  
60 immer für maßvolle Reformen der Schuldenbremse eingesetzt (siehe III. a)) und unterstützt die  
61 Arbeit der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission, die langfristige Reformen für  
62 die Schuldenbremse prüfen und entsprechende Vorschläge machen soll.

63 Insgesamt sehen wir aber, dass knappe Kassen kein gesamtgesellschaftliches Phänomen sind.  
64 Die Vermögensungleichheit nimmt zu, die Schere zwischen Arm und Reich öffnet sich weiter,  
65 die Zahl der Superreichen in Deutschland, also derjenigen Menschen mit einem Finanzvermö-  
66 gen von über 100 Millionen Euro, wuchs 2025 um 500 Personen an. Auch in Hamburg steigt  
67 die Zahl der Einkommensmillionäre. Einzelne Milliardäre machen sich den Wirtschaftsstand-  
68 ort Deutschland zu Nutze, erhalten sehr hohe Dividenden und verlegen dann ihren steuerli-  
69 chen Sitz ins Ausland. Ähnlich verfahren nicht wenige der Großaktionäre deutscher Firmen,  
70 die sich bei den anstehenden Hauptversammlungen nach Schätzungen der Deutschen Bank  
71 über Rekordausschüttungen – eine Steigerung von 5% gegenüber dem Vorjahr – freuen dürfen.  
72 Aus sozialdemokratischer Perspektive ist selbstkritisch anzumerken, dass diese Situation nicht  
73 allein durch Steuergesetze und Steuergestaltungen aus vorherigen schwarz-gelben Regierun-  
74 gen der Ära Kohl begünstigt wurde, sondern zu einem Teil auch unter sozialdemokratischer

75 Verantwortung: Unter SPD-Führung hat die damalige Bundesregierung Steuersenkungen für  
76 „Familienholdings“ begünstigt, in der Rückschau falsche Regelungen beim Immobilienverkauf  
77 beschlossen und versäumt, eine Vermögenssteuer einzuführen. Die dem Gemeinwesen durch  
78 legale Steuerprivilegien entgangenen Einnahmen pro Jahr werden in Fachkreisen auf rund 80  
79 Milliarden Euro geschätzt.

80 Die Folgen mancher – aus heutiger Sicht – Fehlentscheidungen sind in den öffentlichen Kassen  
81 zu besichtigen. Auch wenn Mehrheiten für eine grundsätzliche finanzpolitische Trendwende  
82 hin zu mehr Gerechtigkeit in Bundestag und Bundesrat aktuell schwer erreichbar erscheinen,  
83 muss es für uns als sozialdemokratische Partei mit über 160-jähriger Geschichte weiter Auftrag  
84 bleiben, hierzu hartnäckig Anstöße und Initiativen zu liefern – im Sinne der großen Mehrheit  
85 der Bevölkerung, die sich keinen armen Staat leisten kann.

## 86 II. Unsere Möglichkeiten auf der Einnahmeseite

### 87 a) Gerechtigkeitslücken schließen, Steuerbetrug bekämpfen

88 Um die Infrastruktur in Ländern und Gemeinden – etwa Krankenhäuser, den öffentlichen Per-  
89 sonennahverkehr oder Straßen – zu erhalten und zu verbessern, muss die Einnahmebasis ins-  
90 besondere der Kommunen, aber auch der Länder gestärkt werden. Neben den Anteilen an den  
91 Gemeinschaftssteuern bestehen auch bei den Gemeindesteuern und den Ländersteuern **er-**  
92 **hebliche Gerechtigkeitslücken, die dringend geschlossen werden müssen.** Dazu gehören ins-  
93 besondere die Streichung missbrauchsanfälliger Gestaltungen bei der **Erbschaftsteuer** nach §  
94 28a ErbStG, die weitgehende Abschaffung steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten und Steuer-  
95 oasen bei der **Gewerbsteuer** sowie die weitere Eingrenzung von Share Deals bei der **Grund-**  
96 **erwerbsteuer.** Daneben bleibt es perspektivisch ein sozialdemokratisches Ziel, eine gerechte  
97 **Vermögensbesteuerung** zu erreichen.

98 Klar ist auch: Jede weitere **Einkommensteuer**-Reform muss so gestaltet werden, dass die Hand-  
99 lungsfähigkeit von Ländern und Kommunen nicht weiter eingeschränkt wird. Die im Koaliti-  
100 onsvertrag vorgesehene notwendige Entlastung beim Grundfreibetrag sowie bei kleinen und  
101 mittleren Einkommen muss durch Anpassungen „am oberen Ende“ des Einkommensteuertar-  
102 ifs gegenfinanziert oder durch andere Einnahmen vollständig kompensiert werden. Für einen  
103 vollständigen Ausgleich der „kalten Progression“ sehen wir insbesondere in den oberen Ein-  
104 kommensbereichen keinerlei finanziellen Spielraum, zumal die bisher umgesetzten Schritte  
105 teuer und mit Blick auf die Konjunktur nahezu wirkungslos waren.

106 Für die **Bekämpfung von Steuerbetrug** und missbräuchlichen Steuergestaltungen brauchen  
107 wir weiterhin ein entschiedenes Vorgehen und zusätzliche Maßnahmen. Im Vollzug agiert  
108 Hamburg hier bereits konsequent und sachgerecht – gegen die „großen“ Missbräuche wie  
109 z.B. Cum-Cum- oder Cum-Ex-Geschäfte bis zu vermeintlichen „kleinen“ Betrugereien (etwa im  
110 Zuge von nicht erfassten Bareinnahmen, bei denen im Kassenrecht gegengesteuert werden  
111 muss). **Die Bekämpfung von Steuerbetrug und missbräuchlichen Gestaltungen ist und wird im-**  
112 **mer ein Kernanliegen sozialdemokratischer Finanzpolitik sein und bleiben.** Durch konsequen-  
113 tes Vorgehen können die Einnahmen gesteigert werden.

**114 b) Die Erbschaftsteuer muss gerechter werden!**

115 **Bereits seit Jahren setzt sich Hamburg für eine Reform der Erbschaftsteuer ein** (Bürgerschafts-  
116 Drucksache 22/12262), denn die ungleiche Verteilung von Vermögen in Deutschland wird durch  
117 das geltende Erbschafts- und Schenkungssteuerrecht nicht wirksam reduziert, sondern teilwei-  
118 se sogar verstärkt. Zwar ist die Erbschaftsteuer formal progressiv ausgestaltet, das heißt, hö-  
119 here Vermögen sollen mit höheren Steuersätzen belastet werden. Tatsächlich können jedoch  
120 sehr hohe Vermögen von mehr als 26 Millionen Euro aufgrund verschiedener Ausnahmerege-  
121 lungen häufig nahezu vollständig steuerfrei übertragen werden, während mittlere Erbschaften  
122 im Verhältnis stärker besteuert werden.

123 Kleinere Erbschaften – und dies ist der überwiegende Teil – sind aufgrund von Freibeträgen be-  
124 reits heute von der Erbschaft- und Schenkungsteuer befreit. Das befürworten wir und wollen  
125 diesen Mechanismus weiter stärken. Gleichzeitig ist wichtig, die bestehenden Steuerlücken am  
126 oberen Ende der Vermögensverteilung zu schließen. Die heute bestehenden faktischen Aus-  
127 nahmen für sehr große Erbschaften untergraben das Prinzip der Chancengerechtigkeit und  
128 mindern die Einnahmen der Länder. Auf Bundesebene hat die SPD erste Vorschläge für eine  
129 gerechtere Lösung vorgelegt, die wir ausdrücklich unterstützen. Auch der Hamburger Senat  
130 soll sich auf Bundesebene weiterhin mit großem Nachdruck und unter Einbeziehung des zu er-  
131 wartenden Urteils des Bundesverfassungsgerichts für eine Reform der sogenannten Verscho-  
132 nungsregelungen einsetzen. An die Stelle einer vollständigen Steuerbefreiung für Betriebsver-  
133 mögen sollen weitreichende, mehrjährige Stundungsregelungen treten. Dies stellt Steuerge-  
134 rechtigkeit her, sichert gleichzeitig Arbeitsplätze und ermöglicht durch Steuermehreinnahmen  
135 außerdem nötige Investitionen.

136 Besonders **ungerecht ist außerdem die unterschiedliche Behandlung von kleineren und sehr**  
137 **großen Immobilienvermögen**: Wer heute Anteile an einem Wohnungsunternehmen mit einem  
138 Immobilienbestand von mindestens 300 Wohneinheiten erbt, muss darauf keine Erbschaft-  
139 steuer zahlen. Wer hingegen zwei oder drei Wohnungen erbt, zahlt – sobald die Freibeträge  
140 überschritten werden – Erbschaft- oder Schenkungsteuer. Drei Wohnungen zu erben, darf je-  
141 doch nicht höher besteuert werden als 300 oder mehr Wohnungen. Diese Ausnahme für gro-  
142 ße Immobilienbestände im Erbschaftsteuerrecht ist offenkundig ungerecht und sollte – unter  
143 Wahrung von Mieterinteressen – modifiziert werden.

144 Eine Regionalisierung der Erbschaftsteuer, wie sie insbesondere von der CSU gefordert wird,  
145 lehnen wir ab. Ein solches Erbschaftsteuer-Dumping wäre absurd und unwürdig.

**146 c) Schluss mit Steueroasen bei der Gewerbesteuer**

147 Aktuelle Recherchen von FragDenStaat verdeutlichen ein seit Langem bekanntes Problem: Eini-  
148 ge Unternehmen nutzen die kommunale Infrastruktur größerer Städte und Gemeinden, zahlen  
149 ihre Gewerbesteuer jedoch in Kommunen mit deutlich niedrigeren Hebesätzen. Dadurch ent-  
150 gehen den Kommunen in Deutschland insgesamt bis zu einer Milliarde Euro an Steuereinnah-  
151 men. Neben den betroffenen Städten und Gemeinden werden auch diejenigen Unternehmen  
152 benachteiligt, die auf solche Tricks und teils illegale Konstruktionen verzichten. Diese Form des

153 Gewerbesteuerdumpings ist nicht nur unsolidarisch gegenüber den Nachbarkommunen, sie  
154 fördert zudem die Entstehung von Briefkastensitzen von Unternehmen.

155 Auf Bundesebene hat sich die Koalition auf den Weg gemacht, die Untergrenze des Gewer-  
156 steuerhebesatzes von 200 auf 280 Prozent anzuheben. Dies ist ein wichtiger erster Schritt,  
157 reicht jedoch nicht aus. Bund und Länder sollten den Mindesthebesatz auf 300 Prozent anhe-  
158 ben und weitere Maßnahmen ergreifen, um Scheinsitzverlegungen in Steueroasen wirksam  
159 und zeitnah zu unterbinden.

#### 160 **d) Share-Deals bei der Grunderwerbsteuer weiter im Fokus**

161 Bei der Grunderwerbsteuer setzt sich die Hamburger SPD weiterhin dafür ein (siehe Bü-Drs.  
162 22/6847), Ländern Möglichkeiten zur Ermäßigung der Grunderwerbsteuer beim Ersterwerb  
163 selbstgenutzten Wohneigentums, beim Erwerb von Grundstücken für den geförderten Woh-  
164 nungsbau bzw. Objekten des geförderten Wohnungsbaus und bei Erbbaurechten zu eröffnen.  
165 Mit dieser Gesetzgebungsmöglichkeit für die Länder können so zielgerichtet steuerliche Anrei-  
166 ze dort gesetzt werden, wo sie besonders nötig sind: für junge Familien, bei geförderten Woh-  
167 nungen und bei Erbbaurechten.

168 Im Hinblick auf die Einnahmeseite der öffentlichen Hand stehen unverändert auch sog. **Share**  
169 **Deals im Fokus**: Durch diese können große Immobilienunternehmen die Grunderwerbsteuer  
170 er umgehen, indem nicht die Immobilien selbst, sondern Anteile an Immobiliengesellschaf-  
171 ten übertragen werden. Eine im Jahr 2021 erfolgte Reform hat das Problem zwar adressiert, es  
172 bestehen aber weiterhin ungewollte Gestaltungsmöglichkeiten mit mutmaßlich erheblichen  
173 Steuerausfällen: So fällt z.B. weiterhin keine Grunderwerbsteuer an, wenn „nur“ bis zu 89,9 Pro-  
174 zent der Anteile an einer Immobiliengesellschaft übernommen werden. Dem Staat entgehen  
175 dadurch erhebliche Einnahmen. Schätzungen gehen von rund einer Milliarde Euro jährlich aus,  
176 die durch diese nach wie vor legalen Deals verloren geht. Die Praxis der Share Deals fördert  
177 zudem Preisspekulationen auf dem Immobilienmarkt und bevorzugt Großinvestoren gegen-  
178 über Einzelkäufer\*innen. Denn während Privatpersonen bei einem Haus- oder Wohnungskauf  
179 Grunderwerbsteuer zahlen müssen, können große Unternehmen diese Steuer durch das be-  
180 schriebene Vorgehen vermeiden.

#### 181 **e) Hamburg steigert seine Einnahmen**

182 Der Bund hat mit seiner Steuergesetzgebung zuletzt immer wieder große Einnahmeausfälle  
183 bei Ländern und Kommunen verursacht. Daher war und ist es n für die kommenden Haushalte  
184 geboten, zu prüfen, welche Möglichkeiten in Hamburg bestehen, die Vorschriften des **Kom-**  
185 **munalabgabenrechts** mit Wirkung vom 1.1.2027 maßvoll an die allgemeine Kostenentwicklung  
186 anzupassen. Auch im **Gebührenwesen** wird Hamburg weiter alle Möglichkeiten nutzen, um mit  
187 der Kostenentwicklung Schritt zu halten und etwaige noch verbliebene Gerechtigkeitslücken  
188 zu schließen.

189 Die Hamburger SPD hält Wort. Es war richtig, dass wir die erst kürzlich in Kraft gesetzte **Grund-**  
190 **steuerreform aufkommensneutral umsetzen** und angesichts der Wirtschaftslage auf Gewerbe-

191 steuererhöhungen verzichten. Auch die mit Blick auf energetische Sanierungen bereits erhöhte  
192 **Grunderwerbsteuer** soll nicht weiter steigen.

193 Die aktuelle Mehrwertsteuersenkung für die Gastronomie führt für die Branche zu Entlastun-  
194 gen, aber zu erneuten Einnahmeausfällen für den Hamburger Haushalt. Eine Erhöhung der  
195 Steuerpauschalsätze der **Kultur- und Tourismustaxe** zwischen 20 Cent und 1,20 Euro je Über-  
196 nachtung ist daher vertretbar. Sie sorgt für Gestaltungsspielräume, die neben den Gästen un-  
197 serer Stadt auch allen Hamburgerinnen und Hamburgern zugutekommen.

198 Finanz- und wohnungspolitisch überfällig ist die Erhöhung der seit 1993 in Hamburg unver-  
199 änderten **Zweitwohnungssteuer** von 8 auf 12%. Viele andere Städte haben diese Steuer in den  
200 letzten Jahren bereits signifikant erhöht. Die Höhe der **Hundesteuer** ist ebenfalls seit mehr als  
201 30 Jahren in Hamburg praktisch unverändert. Mit der für den 1. Januar 2027 geplanten Erhö-  
202 hung auf 120 Euro liegt Hamburg im Mittelfeld der deutschen Großstädte. Gleichzeitig haben  
203 wir mit dem neuen Gesetz einen Hundesteuer-Erlass für Tierheim-Hunde für die ersten drei  
204 Jahre eingeführt.

205 Vor diesem Hintergrund fordert die SPD Hamburg, den SPD Bundestag, die SPD  
206 Bundestagsfraktion sowie die SPD Mitglieder der Bundesregierung auf, sich auf Bundesebene  
207 für folgende Maßnahmen einzusetzen:

- 208 • Die Vermeidung weiterer **Steuereinnahmeverluste** für Länder und Gemeinden sowie eine  
209 Stärkung der **kommunalen und landesbezogenen Steuereinnahmen**. Dabei ist insbeson-  
210 dere auf gesetzliche Änderungen hinzuwirken, die bestehende Gerechtigkeitslücken im  
211 Bereich der Erbschaftsteuer, der Gewerbesteuer und der Grunderwerbsteuer schließen.
- 212 • Im Bereich der **Erbschaft- und Schenkungsteuer** eine Reform der sogenannten Verscho-  
213 nungsregelungen umsetzen, damit eine vollständige Steuerbefreiung bei der Vererbung  
214 sehr hoher Vermögen – insbesondere Betriebs- und Immobilienvermögen – nicht mehr  
215 möglich ist.
- 216 • An die Stelle vollständiger Steuerbefreiungen sollen weitreichende, **mehrfache Stun-**  
217 **dungsregelungen** treten, die sowohl Steuergerechtigkeit verbessern als auch **Arbeitsplät-**  
218 **ze sichern und Investitionen ermöglichen**.
- 219 • Den Abbau von Ausnahmen, die dazu führen, dass der Erwerb sehr großer Immobilien-  
220 vermögen – etwa durch Anteile an Wohnungsunternehmen mit umfangreichen Immo-  
221 bilienbeständen – steuerlich günstiger behandelt wird als der Erwerb weniger Einzelim-  
222 mobilien. Insbesondere ist die bestehende Sonderregelung für Wohnungsunternehmen  
223 mit großen Beständen aufzuheben.
- 224 • Für die **Gewerbesteuer** den bundesgesetzlich festgelegten Mindesthebesatzes auf min-  
225 destens 300 Prozent festsetzen.

- 226 • Die Unterstützung weiterer Maßnahmen, die Scheinsitzverlegungen und andere Gestal-  
227 tungen zur Verlagerung von Gewerbesteuererträgen in Gemeinden mit besonders  
228 niedrigen Hebesätzen wirksam unterbinden.
- 229 • Im Bereich der **Grunderwerbsteuer** die oben beschriebene Öffnungsklausel für die Länder  
230 einzuführen mit Möglichkeiten der Ermäßigung der Grunderwerbsteuer bei familiärem  
231 Ersterwerb zur Selbstnutzung, bei geförderten Wohnungen (Erwerb von Grundstücken  
232 für den geförderten Wohnungsbau und Objekte des geförderten Wohnungsbaus) und  
233 bei Erbbaurechten.
- 234 • Weitergehende einnahmesichernde Reformen der Regelungen zu sogenannten Share  
235 Deals. Dabei soll die Einführung eines Optionsmodells nach niederländischem Vorbild  
236 geprüft werden.
- 237 • Im **Kassenrecht** schnellstmöglich Kassenpflichten regeln u.a. mit der Möglichkeit die digi-  
238 tale Belegausgabe straf- und bußgeldbewehrt zu verschärfen sowie einer verbindlichen  
239 und flächendeckenden Möglichkeit mindestens einer digitalen Zahloption für die Kun-  
240 dinnen und Kunden.

### 241 **III. Unsere Möglichkeiten auf der Ausgabenseite**

242 **Hamburg hat seit 2011 unter sozialdemokratischer Verantwortung gut gewirtschaftet und fi-**  
243 **nanzpolitische Hinterlassenschaften CDU-geführter Senate Schritt für Schritt abgearbeitet.**  
244 Zunächst musste der Haushalt in Ordnung und das CDU-Erbe der HSH Nordbank-Pleite be-  
245 wältigt werden. Wo nötig wurde konsequent konsolidiert, wo möglich ambitioniert investiert.  
246 Wir haben die Maßgaben der Schuldenbremse vorfristig eingehalten und umgesetzt. Mit unse-  
247 rem vorbildlichen doppelhaushalt machen wir den Wertverzehr sichtbar, berücksichtigen  
248 generationengerecht Zukunftsrisiken und Belastungen. Damit ist uns gelungen, 2024 den dop-  
249 pelhaushaltigen Budgetausgleich zu erreichen und den Wertverzehr beim öffentlichen Vermögen zu  
250 stoppen. **Damit haben wir die Stadt finanziell handlungsfähig gemacht.**

251 Hamburg ist in den vergangenen Jahren außerdem sehr sorgfältig mit den Kreditermächtigun-  
252 gen umgegangen. Die Corona-Notkredite wurden bereits vorzeitig getilgt und der Schulden-  
253 stand kontinuierlich reduziert. Bis Anfang 2025 konnten die Schulden der Freien und Hanse-  
254 stadt Hamburg nochmals um fast 650 Mio. Euro reduziert werden, nachdem im Vorjahr bereits  
255 eine Rekordtilgung in Höhe von fast 2,5 Milliarden Euro realisiert worden war. Der Schulden-  
256 stand des Hamburger Kernhaushaltes ist zum Jahreswechsel 2024/2025 auf 22,027 Mrd. Euro  
257 gesunken – und damit auf dem niedrigsten Niveau seit 15 Jahren.

258 Gleichwohl sind die finanzpolitischen Herausforderungen durch die Krisen der vergangenen  
259 Jahre gewachsen. Um Hamburgs Handlungsfähigkeit zu erhalten, benötigen wir finanzielle  
260 Spielräume. Daher wird sich der Schuldenstand wieder erhöhen – das ist unvermeidlich. Gleich-  
261 zeitig werden wir den Weg der finanzpolitischen Solidität weitergehen und werden in wirt-  
262 schaftlich guten Zeiten erneut Schulden tilgen. Dazu gehört auch die Arbeit der FinanzService-  
263 Agentur FSA, die in 2025 ihre Arbeit aufgenommen hat, um für Stadt und öffentliche Unterneh-

264 men Kredite und Finanzierungen günstiger und nachhaltiger zu gestalten sowie gleichzeitig  
265 strenge Wirtschaftlichkeitsvorgaben einzuhalten.

266 **Der doppische Budgetausgleich und der Kurs stabiler und solider Finanzen, der in Hamburg**  
267 **den Vermögensverzehr gestoppt hat, wird auch im Rahmen der mittlerweile weiterentwickel-**  
268 **ten Schuldenbremse weiterverfolgt – und das trotz einer milliardenschweren, strukturellen**  
269 **Leistungsausweitung für die Menschen in unserer Stadt seit 2011 – von der 5-stündigen gebüh-**  
270 **renfreien Grundbetreuung in den Kitas, einer gebührenfreien Ganztagsbetreuung an Grund-**  
271 **schulen bis zum gebührenfreien Erststudium an Hamburger Hochschulen, einem kostenlosen**  
272 **Schülerticket für den ÖPNV und einem Ausbau der sozialen Infrastruktur in den Stadtteilen,**  
273 **um nur einige wesentliche Punkte des Hamburger Erfolgskurses zu nennen.**

#### 274 a) **Schuldenbremse erhalten und weiterentwickeln**

275 Im März 2025 wurden die grundgesetzlichen Regelungen zur Schuldenbremse durch eine Zwei-  
276 drittelmehrheit im Deutschen Bundestag und Bundesrat geändert. Dies ermöglicht insbeson-  
277 dere die Finanzierung notwendiger Verteidigungsausgaben und ein Sondervermögen für In-  
278 vestitionen in Infrastruktur und Klimaschutz. Darüber hinaus wurde den Ländern eine zulässig-  
279 e strukturelle Möglichkeit der Kreditaufnahme von bis zu 0,35 Prozent des nominalen Brutto-  
280 inlandsprodukts eingeräumt. Die Bürgerschaft hat die notwendigen Umsetzungen in Hamburg  
281 auf den Weg gebracht (Drs. 23/788); Bundestag und Bundesrat haben zudem die Umsetzungs-  
282 gesetze beschlossen, so dass die neuen Möglichkeiten jetzt genutzt werden können.

283 Hamburg hat sich immer klar und eindeutig für die Schuldenbremse stark gemacht, aber sich  
284 ebenso für maßvolle Reformen eingesetzt. Unser Fokus richtet sich darauf, wie wir Investitio-  
285 nen wirksam voranbringen: Die (durch die Reform der Schuldenbremse 2025 initiierten) Mittel  
286 aus dem **Sondervermögen** des Bundes werden unseren eigenen Hamburger Investitionshoch-  
287 lauf wirksam unterstützen. **So setzen wir bei uns im Hamburg einen Konjunkturimpuls.**

288 Unsere Verantwortung gegenüber kommenden Generationen verlangt, dass wir der nächsten  
289 Generation kein überschuldetes Gemeinwesen übergeben. Jede Weiterentwicklung der Schul-  
290 denbremse muss daher zwingend auch eine angemessene gesamtstaatliche Schuldenragfä-  
291 higkeit und die Fiskalregeln der EU beachten. Außerdem führt jede weitere Verschuldung auch  
292 zu höheren Zinsaufwendungen, die den Haushalt belasten und die finanziellen Spielräume ein-  
293 schränken.

294 Die von Bundestag und Bundesrat im Frühjahr 2025 in Artikel 109 Absatz 3 Satz 5 des Grund-  
295 gesetzes neu aufgenommene „Verteidigungsausnahme“ sollte dahingehend geändert werden,  
296 dass die Bereiche des Zivil- und Katastrophenschutzes sowie der Cyberabwehr auch in den Län-  
297 dern von der Schuldenbremse ausgenommen werden können.

298 So richtig die Gleichbehandlung von Bund und Ländern bei der Verschuldungsmöglichkeit von  
299 bis zu 0,35 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts ist, so muss man angesichts enger  
300 werdender Haushalte auf allen Ebenen die Gefahr sehen, dass ihre Nutzung in vielen Ländern  
301 nicht ausreicht, um die häufig auch die laufenden Ausgaben erfassenden Herausforderungen

302 bei Bildung und Wissenschaft, Forschung und Innovation kraftvoll genug anzunehmen. **Inso-**  
303 **fern muss geprüft werden, ob und wie dieser Neuverschuldungsspielraum zweckgebunden**  
304 **und klar begrenzt noch einmal um jeweils 0,1 Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts**  
305 **für Bildung und Wissenschaft, Forschung und Innovation erweitert werden kann.** Der wichtigs-  
306 te „Rohstoff“ unseres Landes liegt in den Köpfen der nächsten Generation. Um diese Potentiale  
307 im Sinne der Zukunft unseres Landes zu heben, könnte eine solche maßvolle Weiterentwick-  
308 lung der grundgesetzlichen Schuldenregelungen einen Beitrag leisten.

309 Vor diesem Hintergrund fordert die SPD Hamburg, dass sich der SPD Bundesparteitag, die SPD  
310 Bundestagsfraktion und die SPD Mitglieder der Bundesregierung auf Bundesebene für die Wei-  
311 terentwicklung der Schuldenbremse einsetzen, die folgende Gesichtspunkte berücksichtigt:

- 312 • Verstetigung der **Investitionsmöglichkeiten** für Infrastruktur und Klimaneutralität: Spä-  
313 testens 2030 muss es entweder eine Aufstockung der geschaffenen Sondervermögen  
314 oder eine verstetigte, beide Herausforderungen berücksichtigende Investitionsregel ge-  
315 ben.
- 316 • Öffnung der **Verteidigungsausnahme** insbesondere für Zivilschutzbedarfe der Länder.  
317 Konkret: Streichung der Wörter „des Bundes“ in Artikel 109 bzw. 115 GG.
- 318 • Begrenzte und zweckgebundene Erweiterung des Verschuldungsspielraums von jeweils  
319 0,35% Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts für Bund und Länder um jeweils  
320 0,1% Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts (d.h. im Ergebnis jeweils 0,45% als  
321 Obergrenze) explizit nur für **Bildung und Wissenschaft, Forschung und Innovation**.
- 322 • **Nachlauf nach Notlage:** Die zulässige Nettokreditaufnahme nach einer Notlage muss  
323 nicht sofort auf Null, sondern z.B. in drei Schritten auf Null gesenkt werden.

#### 324 **b) Schluss mit den Angriffen auf den Länderfinanzausgleich!**

325 Hamburg ist als einziges norddeutsches Bundesland nahezu durchgehend Geberland im Län-  
326 derfinanzausgleich – zuletzt in dreistelligem Millionenumfang. Das ist Zeichen der finanziellen  
327 und wirtschaftlichen Stärke unserer Stadt. Der Länderfinanzausgleich ist ein zentraler Baustein  
328 des deutschen Finanzföderalismus, der den grundgesetzlichen Auftrag nach gleichwertigen Le-  
329 bensverhältnissen überall im Bundesgebiet umsetzen soll. Für Hamburg ist die besondere **Ein-**  
330 **wohnerwertung** in den Stadtstaaten zentral, die berücksichtigt, dass wir als Stadtstaaten be-  
331 kanntermaßen wichtige Funktionen der Daseinsvorsorge auch für das Umland übernehmen.  
332 Deshalb ist Hamburg unter sozialdemokratischer Verantwortung allen Angriffen auf den Län-  
333 derfinanzausgleich aus dem Süden der Bundesrepublik energisch und erfolgreich entgegenge-  
334 treten – und wird das auch in Zukunft tun. Gemeinsam mit anderen Bundesländern bilden wir  
335 eine Prozessgemeinschaft gegen die bayerische Klage gegen den Länderfinanzausgleich.

336 Für die Zukunft gilt: **Wir stehen zum Länderfinanzausgleich** und wir halten uns an getroffene  
337 Vereinbarungen. Wir sind und bleiben solidarisch im Länderverbund. In diesen bewegten Zei-  
338 ten sind Verlässlichkeit und Solidarität unter den Ländern von besonderer Bedeutung - auch  
339 und gerade gegenüber der Bundesebene. Vor diesem Hintergrund sollte der Freistaat Bayern

340 seine - vor der letzten Landtagswahl gestartete - Klage gegen den von ihm selbst mit beschlos-  
341 senen Länderfinanzausgleich zurücknehmen und auch weitere politische Angriffe hierauf un-  
342 terlassen.

### 343 c) Den Sozialstaat zukunftsfähig aufstellen

344 Hamburg hat an dem Bericht der **Sozialstaatskommission** maßgeblich mitgewirkt. Die Ergeb-  
345 nisse der Kommission zeigen auf, wie der Sozialstaat einfacher und digitaler gestaltet werden  
346 kann. Schon das wird ermöglichen, Verwaltungskosten perspektivisch zu reduzieren. Die So-  
347 zialstaatskommission hat dabei selbst die besonders angespannte Haushaltslage bei Bund,  
348 Ländern und Kommunen eingeräumt und auf die Ursachen insbesondere bei den seit Jahren  
349 steigenden Ausgaben im Bereich der Eingliederungshilfe, den Hilfen zur Erziehung und der Hil-  
350 fe zur Pflege hingewiesen. Hamburg wird sich konstruktiv einbringen **unseren Sozialstaat zu-**  
351 **kunftsfähig, bürgerfreundlich und gerecht weiterzuentwickeln. Dazu gehört auch angesichts**  
352 **der enormen Herausforderungen für unser Gemeinwesen, Leistungen und Hilfsangebote auf**  
353 **ihre Wirksamkeit und Nachhaltigkeit zu überprüfen.** Wir haben in Hamburg gute Beispiele  
354 wirksamer und befähigender Unterstützungsangebote, die beispielhaft sind. **Einrichtungen**  
355 **wie beispielsweise die Jugendberufsagentur oder das Hamburg Welcome Center zeigen, dass**  
356 **das passende Angebot zur richtigen Zeit entscheidend dafür ist, Hilfebedürftigkeit und damit**  
357 **Sozialleistungen zu überwinden.**

358 Funktionierende Regelsysteme sind der Schlüssel: Wir in Hamburg haben es zum Beispiel mit  
359 dem flächendeckenden Angebotsausbau bei Kita, Grundschule und Ganzttag geschafft, meist  
360 ganztägig viel Förderung, Hilfe und Orientierung auch bei erzieherischen Herausforderungen  
361 zu ermöglichen. Das wiederum erlaubt, den Anstieg bei den Einzelfallmaßnahmen im Rahmen  
362 von Hilfen zur Erziehung einzudämmen. Viele Steuerungsmaßnahmen in Hamburg erfordern  
363 aber Rechtsänderungen im Bund. Deshalb sagen wir klar: Der Bund muss auf diesem Weg Län-  
364 der und vor allem die Kommunen aktiv unterstützen.

365 Bei allen notwendigen Reformen gilt für uns allerdings: aktuelle Vorstöße von CDU Wirtschafts-  
366 rat und CDU Mittelstandsvereinigung, Zahnbehandlungen zukünftig selbst zu bezahlen oder  
367 die angebliche „Lifestyle-Teilzeit“ abzuschaffen, sind **kein konstruktiver Beitrag zur Weiter-**  
368 **entwicklung des Sozialstaats**, sondern ein inakzeptabler Angriff auf Arbeitnehmerinnen und  
369 Arbeitnehmer, dem wir uns entschieden entgegenstellen. Nur mit einem breiten Konsens in  
370 Bund, Ländern und Gemeinden, unter Einbeziehung von Wirtschaft UND Gewerkschaften so-  
371 wie Sozialverbänden kann es gelingen, den Sozialstaat nachhaltig zukunftsfähig und leistbar  
372 für alle Beteiligten weiterzuentwickeln. Nur so wird es auch die nötige Akzeptanz in der Be-  
373 völkerung geben, die wir brauchen, um den Menschen in diesen herausfordernden Zeiten die  
374 nötige Sicherheit zu geben.

375 Jenseits der Reform des Sozialstaats muss für uns die **Staatsmodernisierung** oberste Priorität  
376 haben. Maßnahmen der **Aufgabenkritik**, des **Bürokratieabbaus** und der **Standardisierung** sind  
377 häufig Konjunktur- und Konsolidierungsprogramme zum Nulltarif, heben gekoppelt mit gro-  
378 ßen Fortschritten bei der **Digitalisierung** Effizienzen, machen den Staat einfacher und bürger-

379 näher. Mit den bundesweit vorbildlichen Vereinfachungen beim Wohnungsbau, unseren regel-  
380 mäßigen Bestplatzierungen im Smart-City-Index und dem Projekt Einfach.Hamburg machen  
381 wir vor, wie es gehen kann.

#### 382 **IV. Unsere Anforderungen an den Haushalt 2027/2028**

383 Hamburg ist eines der **wirtschaftsstärksten Länder Deutschlands**, mit dem höchsten BIP pro  
384 Kopf. Mit einer konsequenten Haushaltskonsolidierung ist es seit 2011 gelungen, die Finanzen  
385 der Stadt in Ordnung zu bringen und krisenfest aufzustellen. Dadurch konnte Hamburg auch in  
386 der Corona-Pandemie Kurs halten und als eines der ersten Bundesländer die Corona-Schulden  
387 komplett zurückzahlen. Der finanzielle Handlungsspielraum der Stadt ist größer geworden:  
388 von 2019 bis 2024 stieg unser Haushalt um durchschnittlich 5,8% pro Jahr. Die Investitionen  
389 in die Infrastruktur und die Modernisierung der Stadt liegen mit rund 6 Mrd. Euro im aktuel-  
390 len Doppelhaushalt auf Rekordniveau. Zugleich konnte Hamburg nennenswert Schulden tilgen  
391 und Zinskosten senken.

392 Auch wenn der Haushalt 2027/2028 insgesamt etwas über 2% wächst, führen die im vorigen  
393 genannten Entwicklungen – Rückgang der Steuereinnahmen, Einnahmeausfälle als Folge von  
394 Beschlüssen der Bundesebene, der deutliche Anstieg der Ausgaben für die (in der Regel bundes-  
395 )gesetzlichen Leistungen mit Rechtsanspruch, der schmerzliche Rückgang der Bundesbeteili-  
396 gung an den Kosten für die Unterbringung und die Integration von Geflüchteten und die ak-  
397 tuellen Tarifabschlüsse zu einer sehr **herausfordernden Haushaltsaufstellung**, die wir nur soli-  
398 darisch und gemeinsam bewältigen können: Senat und Fraktion, Partei in Land, Bezirken und  
399 Stadtteilen. Die in diesem Antrag vorgeschlagenen Maßnahmen werden zudem nicht dazu  
400 führen, dass kurzfristig der Handlungsspielraum in Hamburg für die laufenden Ausgaben im  
401 Haushalt 2027/2028 deutlich größer wird. Gleichwohl gilt: Je schneller und umfangreicher die  
402 genannten Vorschläge aufgegriffen werden, umso mehr vergrößert sich auch wieder der poli-  
403 tische Handlungsspielraum für Hamburg.

404 Getreu dem Satz von Kurt Schumacher: „Politik beginnt mit der Betrachtung der Wirklichkeit“,  
405 müssen wir mit der **finanziellen Realität** umgehen, die wir haben: Als SPD Hamburg wollen wir  
406 deshalb alle Hebel in Bewegung setzen, um dem Leitmotiv dieses Leitantrags „Heute investie-  
407 ren und konsolidieren, damit Hamburg auch morgen stark und solidarisch bleibt“ Rechnung zu  
408 tragen. Die Finanzbehörde soll dafür u.a. die konjunkturelle Risikovorsorge einsetzen, ihre Re-  
409 serven zu Haushaltsrisiken und Zuwanderung in den Haushalt einbringen, die Möglichkeiten  
410 der Sondervermögen des Bundes und des Landes nutzen, die (zusätzlichen) Kreditaufnahme-  
411 möglichkeiten verantwortungsvoll umsetzen und Maßnahmen zur Erhöhung der Steuer- und  
412 Gebührenerträge ergreifen.

413 Die SPD Hamburg unterstützt Senat, und Regierungsfractionen darin, die **notwendigen Maß-**  
414 **nahmen** zu ergreifen, um den Gestaltungsanspruch der SPD Hamburg aus unserem Regie-  
415 rungsprogramm und dem aktuellen Koalitionsvertrag auch unter schwierigen finanziellen Rah-  
416 menbedingungen umzusetzen. Dieser Konsolidierungsweg erfordert große Anstrengungen.

417 Aber er ist notwendig, um auch in schwierigen Zeiten unseren Anspruch des guten Regie-  
418 rens einzulösen und Hamburg zukunftsfähig weiterzuentwickeln. Konsolidierung heißt für uns  
419 auch: Wir werden alle Möglichkeiten der Umschichtung von Ausgaben ergreifen, um vorran-  
420 gige Aufgabenbereiche zulasten weniger dringlicher Aufgabenbereiche besser zu berücksich-  
421 tigen. Maßnahmen der Aufgabenkritik, des Bürokratieabbaus und der Standardisierung sind  
422 häufig Konsolidierungsprogramme zum Nulltarif, heben gekoppelt mit großen Fortschritten  
423 bei der Digitalisierung Effizienzen, machen den Staat einfacher, günstiger und bürgernäher.  
424 Eine Sozialraumplanung in den Bezirken und für Hamburg kann helfen, das breite Angebots-  
425 portfolio der sozialen Infrastruktur noch zielgerichteter weiterzuentwickeln.

426 Wir haben in den letzten Jahren enorme finanzielle Anstrengungen unternommen, um wich-  
427 tige Projekte für ein soziales und gerechtes Hamburg umzusetzen, diese Stadt gut durch die  
428 verschiedenen Krisen zu führen und für die Stadt Zukunftsperspektiven zu eröffnen. Auch **im**  
429 **laufenden Haushaltsjahr 2025/2026 ist dieser Anspruch an den steigenden Ausgaben für die**  
430 **Bezirken, bei der Familienpolitik, in den Hochschulen, in der Justiz oder bei der Polizei ablesbar.**

431 Dabei werden wir dafür Sorge tragen, dass zentrale sozialdemokratische **Errungenschaften** un-  
432 serer Regierungszeit seit 2011 gewahrt bleiben:

- 433 • die kostenfreie Grundbetreuung in der Kita und die Sprachförderung in den Kitas, wo das  
434 regional erforderlich ist,
- 435 • der kostenfreie und pädagogisch gestaltete Ganzttag an Schulen,
- 436 • die Abschaffung der Studiengebühren für das Erststudium,
- 437 • der Erhalt wichtiger sozialräumlicher Angebote - von Häusern der Jugend im Rahmen der  
438 Offenen Kinder- und Jugendarbeit bis zu Seniorentreffs im Rahmen der Seniorenarbeit,
- 439 • Unterstützungssysteme wie die Jugendberufsagentur und das Welcome Center, die dafür  
440 sorgen, dass Menschen nicht von Transferleistungen abhängig werden,
- 441 • unsere gut ausgebaute und ausgestattete soziale und kulturelle Infrastruktur in den  
442 Stadtteilen,
- 443 • unsere hohe Investitionsquote bei Straßen, Schienen, Fernwärme u.a.m.,
- 444 • die Förderung sozialen Wohnungsbaus und die aktive Unterstützung bezahlbaren Woh-  
445 nens,
- 446 • die Fortschritte bei der inneren Sicherheit in unserer Stadt: Hamburg ist und bleibt eine  
447 sichere Stadt.

448 Wir sind uns sicher: Gemeinsam finden wir ein gutes Maß zwischen dem, was die Stadt leisten  
449 muss, leisten möchte und leisten kann. Gemessen an der Haushaltsnotlage in vielen Städten  
450 und Ländern agieren wir in Hamburg zudem auf einer finanziell und wirtschaftlich starken Ba-  
451 sis.

452 Bei den laufenden Ausgaben sind die Handlungsspielräume eng begrenzt, bei den **Investitio-**  
453 **nen der Stadt in ihre Zukunft** deutlich größer. **Wir sind stolz, dass Hamburg in großem Umfang**  
454 **in seine Zukunft investiert, insbesondere in den Ausbau von Infrastruktur und in die Weiter-**  
455 **entwicklung der Stadt:** Wir haben die Investitionen pro Kopf planerisch in Hamburg von 2018  
456 bis 2027 mehr als verdreifacht: Von 442 Euro/Kopf auf 1582 Euro/Kopf. Zusammen mit den In-  
457 vestitionen im Konzern Hamburg ist das einmalig in Deutschland und wirkt wie ein **Konjunk-**  
458 **turprogramm.** Und das zahlt sich aus mit Wachstumsraten deutlich über dem Bundesdurch-  
459 schnitt, sichtbaren Fortschritten bei Bildung und Infrastruktur, bei Wohnungsbau, Mobilitäts-  
460 wende und Klimaschutz.

461 Auch im kommenden Doppelhaushalt wollen wir diesen bundesweit einmaligen Kurs mit kraft-  
462 vollen Investitionen aus Hamburger Mitteln und aus Bundesmitteln fortsetzen. Investitionen  
463 ermöglichen Wachstum, Modernisierung und eine positive Zukunft für die Hamburgerinnen  
464 und Hamburger. Dazu passt die Hamburger Bewerbung für **die Ausrichtung Olympischer und**  
465 **Paralympischer Sommerspiele.**

466 Wird Hamburg olympischer Austragungsort, würde dies Gelder des Bundes und privater Inves-  
467 toren nach Hamburg lenken und hier die Fertigstellung bereits geplanter Investitionsvorhaben  
468 – wie beispielsweise im ÖPNV und im Wohnungsbau – beschleunigen und zugleich neue In-  
469 vestitionen anstoßen. Dies stärkt die Wirtschaft und sichert damit Steuereinnahmen und Ar-  
470 beitsplätze von morgen.

471 **Die Investitionen von heute sind die Steuereinnahmen von morgen. Mit Zusammenhalt und**  
472 **Zuversicht sagen wir als SPD Hamburg: Heute investieren und konsolidieren, damit Hamburg**  
473 **auch morgen stark und solidarisch bleibt!**

474 Wir halten Kurs. Wir halten Wort und wir halten Maß. Die Hamburgerinnen und Hamburger  
475 können sich darauf verlassen, dass wir auch in Zeiten knapper Kassen das finanzieren, was dem  
476 sozialen Zusammenhalt, der ökonomischen Stärke und der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt  
477 dient. **„Hamburg vereint“ setzen wir auch dann um, wenn es schwierig wird.**